

Einführung der Finanztransaktionssteuer in Deutschland

Es möge der Parteitag des SPD-Unterbezirks Hannover folgenden Beschluss fassen und diesen an den SPD-Bundesvorstand, die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion sowie den Bundesparteitag weiterleiten:

„Nach 30 Jahren soll in Deutschland wieder eine Kapitalverkehrssteuer in Form der Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, die die an den Finanzmärkten vorgenommenen Transaktionen an der Quelle pro Vorgang geringfügig besteuert, um in der Summe die großen Zukunftsaufgaben wie den Klimaschutz, Investitionen in die Infrastruktur und die Ausgaben der Sozialversicherungen mit abdecken zu können.“

Begründung:

An den Finanzmärkten wird mittlerweile ein Vielfaches wie in der Realwirtschaft umgesetzt, an der Börse wird nicht mehr auf dem Parkett geschwitzt und geschrien, vielmehr werden Billionen an Transaktionen inzwischen automatisiert im Nanosekundentakt gehandelt.

Eine auch nur sehr geringe Finanztransaktionssteuer von max. 0,2 % brächte den staatlichen Haushalten zumindest zweistellige Milliardenereinnahmen, die unserem Gemeinwesen und unserer Daseinsfürsorge zugute kommen könnten.

Bereits im Januar 2013 haben die EU Finanz- und WirtschaftsministerInnen den einführungswilligen Mitgliedsstaaten die Erlaubnis gegeben, mangels europäischer Einigung(smöglichkeit) auch auf nationaler Ebene eine solche Steuer einzuführen.

Wie auch Frankreich und Italien sollte auch Deutschland diesen Weg gehen, ohne sich übermäßig von Lobbyisten dazu Ausnahmen hineinberaten zu lassen.